

NZZ

Das bedingungslose Grundeinkommen

Die Mär von den schmerzfreien Milliarden

An der zentralen Frage, wie ein bedingungsloses Grundeinkommen von 2500 Fr. im Monat finanziert werden könnte, beissen sich die Initianten die Zähne aus. Die Rechnung will einfach nicht aufgehen.

von Werner Enz
3.3.2016



Wie das Geld für das Grundeinkommen zusammengekratzt werden soll, ist nicht ganz klar. (Bild: Peter Klaunzer / Keystone)

Am 5. Juni wird das Volk über die Frage abstimmen, ob es in der Schweiz ein bedingungsloses Grundeinkommen einführen möchte. Es sei einmal beiseite gestellt, dass ein derart radikales Modell die bewährte Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung auf den Kopf stellen würde. Albert Jörimann (vormals Präsident von Basic Income European Network Schweiz) und Andreas Mildner legen nun einen Ansatz vor, wie die zentrale Frage der Finanzierung gelöst werden könnte. Der Bundesrat veranschlagte den Bedarf zusätzlicher Steuern in seiner Botschaft 2014 auf 153 Mrd. Fr. bzw. 26% des Bruttoinlandproduktes.

Clearing-Modell mit Lücken

Auf der Basis von Zahlen von 2012 gehen die Verfechter eines bedingungslosen Grundeinkommens von einem Finanzbedarf von 209 Mrd. Fr. aus wie auch von der steilen These, sämtliche Ausgaben von Sozialversicherungen – das waren damals 62,3 Mrd. Fr. – dagegen verrechnen zu können. Bei den Berechnungen wird davon ausgegangen, dass jeder in der Schweiz wohnhafte Erdenbürger monatlich 2500 Fr. (bis 18 Jahre nur 625 Fr.) zugute hätte. Die Rechnung geht jetzt so, dass ausser den 62,3 Mrd. Fr. aus Sozialausgaben mit einem Federstrich durch das Streichen von Agrarsubventionen sowie «gewisse Einsparungen bei der Bürokratie» 5 Mrd. Fr. generiert werden, womit der Betrag von 68 Mrd. Fr. erreicht wäre.

Grundeinkommen (GE) verteilen

Verrechnungsmodell: in Schweizerfranken

Monatslohn vor GE	Verrechnung GE	Verrechnung in %	Effektive Veränderung	Lohn nach Verrechnung
50 000	2 500	100,0	–	50 000.–
10 000	2 500	100,0	–	10 000.–
5 000	2 500	100,0	–	5 000.–
4 000	2 500	100,0	–	4 000.–
3 500	2 500	86,5	337,50	3837,50
3 000	2 500	73,0	675.–	3675.–
2 500	2 500	59,5	1 012,50	3 512,50
2 000	2 500	46,0	1 350.–	3 350.–
1 500	2 500	32,5	1 687,50	3 187,50
1 000	2 500	19,0	2 025.–	3 025.–
500	2 500	5,5	2 362,50	2 862,50
300	2 500	–	2 500.–	2 800.–
–	2 500	–	2 500.–	2 500.–

Quelle: Berechnungen von Zinsens / Müller

Gleichwohl müsste der Löwenanteil durch Verrechnungen (vgl. Tabelle) aufgebracht werden, indem bei Einkommen bis 4000 Fr. im Monat sogleich 2500 Fr. vom Lohn abgezogen würden; wer nichts verdient (Rentner, Arbeitslose, Arbeitsunwillige usw.), bekäme den vollen Betrag und diejenigen in der Lohnspanne von fast null bis 4000 Fr. einen Teil davon. Alle diese Verrechnungen addiert, springt unten ein Betrag von 111 Mrd. Fr. heraus – und 107 Mrd. Fr. nach Korrekturen wegen des stark verbreiteten 13. Monatslohns.

Werden die dank Clearing erzielten 107 Mrd. Fr. und jene 68 Mrd. Fr. aus dem Pool Sozialversicherungen addiert, bleibt zu den geforderten 209 Mrd. Fr. noch eine jährlich wiederkehrende Finanzierungslücke von 34 Mrd. Fr. Wie soll das aufgehen? Die Initianten schlagen eine kräftige Erhöhung der Mehrwertsteuer (10%) und höhere Energiesteuern vor, was 10 Mrd. Fr. bringen soll. Eine «zweite Tranche von 10 Mrd. Fr.» würde den Pensionskassen abgezackt, mit dem Argument, diese seien ab dem Jahr 2025 «selbsttragend». Von diesem in 40 Jahren aufgebauten Kapitalstock könnten selbstverständlich und schmerzfrei 10 Mrd. Fr. zur Finanzierung des Grundeinkommens genommen werden. Das wirkt nun wirklich nicht gerade nachhaltig, denn eines Tages wäre der Pool leer, aber das Bedürfnis nach Altersvorsorge und Rentensicherheit immer noch da. Zuerst Paradies auf Erden, dann die Sintflut, scheint das Motto zu lauten.

Immer noch 14 Milliarden

Ist der Raubzug auf die Pensionskassen absolviert – man kann es auch «Umwidmen» nennen –, fehlen noch 14 Mrd. Fr. Wie weiter? Es sei unwahrscheinlich, dieses Geld auf einen Schlag über Steuern einzutreiben, sagen die Verfechter des Grundeinkommens. Eine Idee bestünde darin, dieses im Sinne zu «dynamisieren», dass nur Jugendliche bis 18 Jahre und die Rentner den vollen Betrag von 2500 Fr. im Monat erhielten. Man würde also stufenweise ein an Bedingungen (sic!) geknüpftes Clearing-Modell einsetzen. Man geht davon aus, dass 2,5 Mio. Erwerbstätige die volle Verrechnungszahlung leisteten, womit noch ein Grundeinkommen von 1900 Fr. (zur «Finanzierung» der fehlenden 14 Mrd. Fr.) ausbezahlt würde. Letzteres könne später mit direkter Besteuerung, mit Lohnzuwächsen und auch mit der Teuerung ausgeglichen werden.